

Anlage 3.1



Bornheim, 22.12.2012

Erklärung des Bürgermeisters und der Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Bornheim zu den Überlegungen einer Dependance der Europaschule in Alfter

Die Gemeinde Alfter hat die Stadt Bornheim am 14.12.2012 gebeten, einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zuzustimmen, mit der die Errichtung einer Dependance der Bornheimer Gesamtschule (Europaschule) in Alfter möglich wird. Hintergrund für diese Bitte ist die Entscheidung der Bezirksregierung Köln, keine Gesamtschule in Trägerschaft der Gemeinde Alfter zu genehmigen. Im Ergebnis eines Prüfungsprozesses kommen der Bürgermeister, die Fraktionsspitzen und die schulpolitischen SprecherInnen und Sprecher zu dem Schluss, dass eine Dependance der Europaschule in Alfter nicht die richtige Lösung darstellt. Zielführend ist stattdessen eine Kooperation zwischen weiterführenden Schulen (auch der Europaschule) und einer zu gründenden eigenständigen Sekundarschule in Alfter. Die gesamte Erklärung finden Sie hier!

Die Gemeinde Alfter hat die Stadt Bornheim am 14.12.2012 gebeten, einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zuzustimmen, mit der die Errichtung einer Dependance der Bornheimer Gesamtschule (Europaschule) in Alfter möglich wird. Hintergrund für diese Bitte ist die Entscheidung der Bezirksregierung Köln, keine Gesamtschule in Trägerschaft der Gemeinde Alfter zu genehmigen.

Die Zusammenarbeit mit der Nachbargemeinde Alfter ist für die Stadt Bornheim wichtig. Und auch die regionale Weiterentwicklung der Bildungslandschaft hat für Rat und Verwaltung einen herausragenden Stellenwert.

Für die Entscheidung des Schulträgers Stadt Bornheim über die Bildung einer Dependance der Europaschule in der Gemeinde Alfter und damit über eine grundlegende Änderung dieser erfolgreichen Schule ist das Votum der Schulkonferenz der Europaschule unverzichtbar. Diese hat am 19.12. getagt und sich eindeutig gegen eine Dependance in Alfter ausgesprochen.

Aus der Sicht der Stadt Bornheim als Schulträger sind in Übereinstimmung mit der Schulkonferenz der Europaschule insbesondere folgende Aspekte abzuwägen und zu prüfen:

die Qualität des schulischen Angebotes an der Europaschule für die SchülerInnen und Schüler aus allen Herkunftskommunen, breites Fächerangebot und Wahlmöglichkeiten;
die Praktikabilität einer Dependance an zwei Standorten: 2 Lernorte für SchülerInnen und Schüler, 2 Einsatzorte für LehrerInnen und Lehrer, geteilte Schulleitung, zusätzlicher Schülertransport;
die Auswirkungen auf andere weiterführende Schulen in Stadtgebiet Bornheim – auch die Sekundarschule Merten und das Alexander-von-Humboldt-Gymnasium;
die Kostenfolgen für die Stadt Bornheim;
die Auswertung der vorliegenden Schulentwicklungspläne und damit die quantitative Versorgung von SchülerInnen und Schülern mit weiterführenden Schulen und Gesamtschulen im regionalen Umfeld.

Im Ergebnis dieses Prüfungsprozesses kommen der Bürgermeister, die Fraktionsspitzen und die schulpolitischen SprecherInnen und Sprecher zu dem Schluss, dass eine Dependance der Europaschule in Alfter nicht die richtige Lösung darstellt.

Zielführend ist stattdessen eine Kooperation zwischen weiterführenden Schulen (auch der Europaschule) und einer zu gründenden eigenständigen Sekundarschule in Alfter. Damit ist der Schulstandort Alfter für eine weiterführende Schule gesichert und die Fortsetzung der Schullaufbahn bis zum Abitur in Kooperation mit Bornheimer Schulen gewährleistet.

Die endgültige Entscheidung wird nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel durch den Rat getroffen. Dennoch ist es nach Auffassung von Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden notwendig, die Öffentlichkeit und vor allem Eltern und Kinder nicht im Ungewissen zu lassen, zumal in den Medien der Eindruck erweckt wurde, als seien die Weichen bereits Richtung Dependance Europaschule gestellt. Die Stadt Bornheim wird eine Entscheidung treffen, bei der die Bildungsqualität für Kinder und Eltern Vorrang hat.

Anlage 3.2

Wolfgang Henseler, Bürgermeister, Petra Heller, CDU-Fraktion, Wilfried Hanft, SPD-Fraktion, Gabi Deussen-Dopstadt, Fraktion Bündnis90/Die Grünen, Christian Koch, FDP-Fraktion, Hans-Gerd Feldenkirchen, UWG/Forum-Fraktion

< zurück zur Meldungsübersicht